

A N T R A G

**der Abg. Christel Nicolaysen, Anna von Treuenfels-Frowein, Michael Kruse,
Daniel Oetzel, Dr. Kurt Duwe, Jens Meyer (FDP) und Fraktion**

Betr.: Neue Städtepartnerschaften für Hamburg aufbauen

Die Metropole Hamburg hat Städtepartnerschaften mit Shanghai, Dresden und Marseille sowie Daressalam (Tansania), León (Nicaragua), Chicago, Osaka, Prag, und St. Petersburg. Wirtschaftsprojekte werden bisher nicht im Rahmen dieser Städtepartnerschaften gefördert und Wissenschaft spielt nur eine sehr untergeordnete Rolle.

Mit möglichen neuen Städtepartnerschaften hat sich der Senat bisher gar nicht befasst.¹ Dabei bieten Städtepartnerschaften „eine gute Möglichkeit, über den fachlichen Austausch und die persönlichen Begegnungen hinaus wichtige Themen des politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens anzusprechen und mit den Partnern zu diskutieren“.²

Hamburg ist mit fünf Städten außerhalb Europas in einer städtepartnerschaftlichen Beziehung. Zwei davon in Asien, eine jeweils in Afrika, Nord- und Zentralamerika. Trotz der Bedeutung Südamerikas für die Freie und Hansestadt Hamburg pflegt diese keine engeren Beziehungen zu anderen Städten dort. Dabei liegt gerade in solchen Partnerschaften die Chance für Hamburg als Welt- und Handelsstadt.

Die diplomatischen Beziehungen Hamburgs mit lateinamerikanischen Staaten gehören zu den ältesten der Hansestadt. Dies stellte der ehemalige Erste Bürgermeister der FHH Olaf Scholz am 15. April 2013 bei einer Rede während seiner Südamerikareise dar und fügte an, dass Lateinamerika heute für Hamburg ein unverzichtbarer Handelspartner sei.³

¹ Vgl. SKA Drs. 21/12733 vom 24.04.2018.

² Koalitionsvertrag über die Zusammenarbeit in der 21. Legislaturperiode der Hamburgischen Bürgerschaft zwischen der SPD, Landesorganisation Hamburg und Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Hamburg aus 2015, S. 112.

³ „Hamburgs Hafen als Partner für Lateinamerika“, Rede vom 15. April 2013, Club Transatlantico, Sao Paulo.

Die Verbundenheit mit Lateinamerika zeigt sich an der EU-Lateinamerika-Stiftung, die in Hamburg ihren Sitz hat. Ziel der Stiftung ist es den biregionalen Partnerschaftsprozess zwischen der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten sowie der EU zu stärken und zu fördern.⁴

Im Bereich Bildung und Forschung bestehen ebenfalls bereits Partnerschaften zwischen der Universität Hamburg und lateinamerikanischen Einrichtungen. So hat die Universität Hamburg ein eigenes Lateinamerika-Zentrum und pflegt überdies strategische und thematische Partnerschaften mit südamerikanischen Universitäten, beispielsweise mit der Universidad de Chile in Santiago de Chile.

Santiago de Chile ist das Wirtschafts- und Kulturzentrum Chiles mit zahlreichen Universitäten, wie die Universidad de Chile. Chile ist laut dem „Doing Business Report“ der Weltbank das attraktivste Land für Unternehmen in gesamt Südamerika. Wirtschaftliche Investitionen Hamburger Unternehmen zeigen dies exemplarisch – Fusion der chilenischen Reederei CSAV mit Hapag Lloyd oder jüngst die Eröffnung eines Logistik-Hubs von Kühne & Nagel in Santiago de Chile.

Die Wirtschaftskommission für Lateinamerika und Karibik (ECLAC), eine mit der EU-LAC-Stiftung in Zusammenarbeit stehende Organisation, hat ihren Sitz in Santiago de Chile. Diese bestehenden Verknüpfungen und Gemeinsamkeiten beider Städte gilt es zu pflegen und auszubauen.

Die Ausführungen zeigen, dass Möglichkeiten Hamburgs zu weiteren Partnerschaften bestehen und diese auch genutzt werden können, um weitere Beziehungen in Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft auf den Weg zu bringen. Die Hafenmetropole Hamburg sollte daher neue Partnerschaften mit Städten wie Santiago de Chile in Betracht ziehen und Vorschläge mit sinnvollen Zielen für die nächsten Jahre erarbeiten.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. zu prüfen, inwieweit eine Partnerschaft zu Santiago de Chile mit konkreten Zielen aufgebaut werden kann,

⁴ Art. 5 Abs. 1 Übereinkommen zur Errichtung der internationalen EU-LAK-Stiftung

2. Vorschläge für weitere zusätzliche Kooperationen der Bürgerschaft bis zum 31. Dezember 2018 zu berichten.